

Wirtschafts- und Finanzmarktkrise

Wie ist die Finanzmarktkrise eigentlich entstanden?

Amerikanische Banken bekamen durch künstlich niedrige Zinsen umfangreiche Finanzmittel, um günstige Immobilien-Kredite zu vergeben. An die Stelle einer soliden Kreditabsicherung, wie sie nach deutschen Bewertungskriterien üblich ist, trat das Prinzip Hoffnung, dass sich viele Kredite durch eine Wertsteigerung der Immobilien quasi von alleine finanzieren lassen würden. Als sich diese Erwartung nicht erfüllte, sondern die Zinsen im Frühjahr 2007 wieder stiegen und die Häuserpreise gleichzeitig fielen, wurden viele dieser „faulen“ Immobilienkredite auf dem weltweiten Finanzmarkt weiterverkauft – allerdings sehr oft versteckt in Paketen mit „guten“ Krediten. Auf diesem Weg gelangte der „Amerikanische Virus“ unter anderem auch nach Europa - mit dem Ergebnis eines extrem tiefen Misstrauens der Banken untereinander und der Anleger gegenüber den Banken.

Warum hat die deutsche Bankenaufsicht nicht rechtzeitig Alarm geschlagen?

Gute Frage! In den USA gab es fast gar keine staatliche Bankenaufsicht – und in Deutschland gab es ganz offensichtlich seit Jahren eine falsche, unwirksame staatliche Bankenaufsicht. Das Konzept der von Rot-Grün installierten „Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht“ (BaFin) hat sich definitiv nicht bewährt, wie das Beispiel der Krisenbank „Hypo Real Estate“ (HRE) eindrucksvoll belegt: Bis zum Oktober 2008 hat die Bundesregierung wiederholt in vertraulichen Unterrichtungen, im Deutschen Bundestag und presseöffentlich erklärt, die HRE-Tochter Depfa in Irland könne gar nicht von der deutschen Bankenaufsicht überprüft werden – und dann findet die FDP heraus, dass die Depfa in Dublin doch von der deutschen Bankenaufsicht überprüft worden ist. Die Berichte darüber haben nachweislich spätestens im August 2008 das Bundesfinanzministerium erreicht, sind aber dort offenbar von der Arbeitsebene nicht an die Leitungsebene und den Bundesfinanzminister weitergegeben worden. Dieses Beispiel für das Versagen der staatlichen Bankenaufsicht ist nur eines von vielen. Am 28. Mai 2009 gab BaFin-Präsident Jochen Sanio konsequenterweise selber zu: "Wir Aufseher haben nicht erkannt, welcher Müll sich bei den Banken rund um den Globus aufgetürmt hat."

Wie will die FDP die staatliche Bankenaufsicht organisieren?

Seit Gründung der Doppelstruktur bei der staatlichen Bankenaufsicht kritisiert die FDP-Bundestagsfraktion deren mangelnde Schlagkräftigkeit. Die Doppelstruktur von BaFin und Bundesbank ist ineffizient. Beide Institute behindern sich dadurch gegenseitig. Schon in der Plenardebatte zur Einsetzung der BaFin am 1. März 2002 hat die FDP im Deutschen Bundestag zu Protokoll gegeben: „Die FDP ist der Auffassung, dass die Deutsche Bundesbank die Bankenaufsicht übertragen bekommen sollte.“ Eine Konzentration der Aufsicht bei der unabhängigen Bundesbank verhindert Reibungsverluste und strafft die Arbeitsabläufe. Diese Haltung hat sich bis heute nicht geändert – sie ist vielmehr aktueller denn je.

Wie steht die FDP zum Bankenrettungspaket?

Die FDP-Bundestagsfraktion hat sich einstimmig hinter die Garantierklärung der Bundesregierung für Sparguthaben gestellt und dem Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des Finanzmarktes genauso einstimmig zugestimmt. Uns Liberalen ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger darauf vertrauen können, dass ihre Sparguthaben sicher sind. Die Zustimmung der Liberalen zu dem Paket ist allerdings kein Freifahrtschein für alles, was darin enthalten ist. Bis hin zum Insolvenzrecht sind manche Regelungen getroffen worden, die die Freien Demokraten ausdrücklich nicht teilen. Aber die FDP hat sich umgekehrt auch Gedanken darüber gemacht, was es für unser Land, für die Wirtschaft unseres Landes und die Stabilität des Geldes unseres Landes bedeuten würde, wenn dieses Paket keine Mehrheit bekommen hätte.

Wie stehen die Freien Demokraten zur Manager-Verantwortung?

Bemerkenswert an der Bankenkrise ist: Privatbanken mit persönlich haftenden Gesellschaftern scheinen weniger unkalkulierbare Risiken an den Finanzmärkten eingegangen zu sein als insbesondere Staatsbanken und börsennotierte Kapitalgesellschaften. Für die Vorstände dieser Gesellschaften gilt aber bereits heute ein im internationalen Vergleich sehr scharfes Haftungsrecht. Die Betroffenen haften bereits bei leichter Fahrlässigkeit mit ihrem gesamten Privatvermögen für

Schäden in unbegrenzter Höhe. Schadenersatzansprüche der Gesellschaft müssen von den Aufsichtsräten geltend gemacht werden. Dies geschah aus falsch verstandener Rücksichtnahme in der Vergangenheit zu selten und zu zögerlich. Sollten diese Ansprüche auch künftig nicht konsequent geltend gemacht werden, sind Verschärfungen des materiellen Rechts in Betracht zu ziehen.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes einer Aktiengesellschaft müssen bereits nach geltender Rechtslage in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben des Vorstandsmitglieds und zur Lage der Gesellschaft stehen. Dafür zu sorgen ist Aufgabe des Ausschusses. Der Verantwortung für diese Aufgabe muss sich der Aufsichtsrat verstärkt bewusst sein. Der Einfluss der Hauptversammlung auf die Vergütung von Vorständen muss gestärkt werden.

Die Aktienoptions- und Bonimodelle haben mit dazu beigetragen, dass die Finanzdienstleister unkalkulierbare Risiken eingegangen sind. Sondervergütungen müssen sich daher stärker an dauerhaften Erfolgen des Unternehmens orientieren, nicht z. B. am Stand des Aktienkurses an einem Stichtag.

Wie können zukünftig Verbraucher im Finanzmarkt geschützt werden?

Wir Liberalen setzen auf mehr Transparenz und gleiche Rechte für Anleger und Berater sowie auf eine moderne Definition von Verbraucherschutz. Dazu hat die FDP im Deutschen Bundestag einen Maßnahmenkatalog erarbeitet und unter anderem vorgeschlagen: Im gesamten Bereich der Finanzunternehmen, einschließlich des Problembereichs der Wertpapierhandelsunternehmen, müssen funktionstüchtige Sicherungssysteme dem Anleger einen Mindestschutz geben. Schlechte Beratung darf sich nicht länger lohnen und die Rechtsdurchsetzung bei Falschberatung muss ausgebaut werden. An die Qualifikation der Berater und Vermittler sind unabhängig vom Produkt oder Vertriebsweg einheitliche Standards zu stellen.

Wie sinnvoll sind die schwarz-roten Konjunkturpakete?

Die von der Bundesregierung geschnürten Konjunkturpakete im Umfang von gut 85 Milliarden Euro haben eine Rekord-Neuverschuldung zur Folge. Dafür müssen die jetzigen und künftigen Generationen teuer bezahlen. Die FDP-Bundestagsfraktion lehnt deshalb weitere steuerfinanzierte Konjunkturpakete ab. Staatliche Konjunkturprogramme treiben nur die Staatsverschuldung und damit die Steuern von morgen in die Höhe. Um die Krise zu bewältigen, müssen die Kräfte des Marktes aktiviert werden.

Etwa 40 Milliarden Euro privater Investitionen würden von der Energiewirtschaft sofort auf den Weg gebracht, wenn die Politik die ideologischen Genehmigungsbremsen lösen würde. Weitere 20 Milliarden Euro privater Gelder könnten in Flughäfen investiert werden, wenn die Regierung ein vernünftiges Flughafenkonzept hätte. 90% aller Investitionen in Deutschland werden privat getätigt. Wenn diese nicht anspringen, wird jedes staatliche Ausgabenprogramm nutzlos verpuffen.

Wo verläuft die Grenze staatlicher Hilfen?

Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Wenn sich für ein Unternehmen kein privater Investor findet, der bereit ist, dort Geld einzubringen, sollte auch der Staat mit Steuergeldern sehr vorsichtig umgehen. Wir müssen aufpassen, dass unser Staat sich nicht verirrt oder überhebt. Von Staatsbürgschaften über Staatsbeteiligungen hin zu Enteignungsplänen innerhalb weniger Monate – das zeigt, wie wenig planvoll das Krisenmanagement ist. Niemandem ist geholfen, wenn der deutsche Staat aus falscher Solidarität unüberschaubare Risiken an sich zieht, alle möglichen Konzerne und Banken finanziert und anschließend pleite geht – das kann keine Lösung sein. Die Herausforderungen dieser Weltwirtschaftskrise lassen sich nur bewältigen, wenn die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft beachtet werden und der Staat seine begrenzten Mittel klug in strukturelle Reformen investiert.

Was bedeutet die Finanzkrise für das Ansehen der sozialen Marktwirtschaft?

Das Vertrauen der Menschen in die soziale Marktwirtschaft muss jetzt gestärkt werden - durch Reformen in der Finanzarchitektur, durch bessere Aufsichts- und Kontrollmechanismen und durch eine Stärkung des Verantwortungsprinzips. Falsch ist die Behauptung, in Deutschland existiere ein System des schrankenlosen Kapitalismus. Weder der Idee noch gar den Tatsachen nach haben wir einen freien, „ungezügelt“ Markt ohne Ordnungsrahmen. Wer anderes behauptet, blendet die bestimmende Rolle des Staates in der sozialen Marktwirtschaft einfach aus.

Aus gutem Grund sagte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso unmittelbar vor der Verabschiedung des europäisch koordinierten Maßnahmenpakets zur Stabilisierung der Finanzmärkte: „Wir glauben an die Marktwirtschaft, aber an eine Marktwirtschaft mit Regeln. Das ist die soziale Marktwirtschaft. Das ist das Modell.“ Den Ausdruck „soziale Marktwirtschaft“ sagte Barroso bezeichnenderweise auf Deutsch.

Nach der Weltfinanzkrise wird es wieder darum gehen, dass der Staat sich zurücknimmt und auf Menschen baut, die ihre Freiheit lieben und verantwortlich nutzen, ohne dabei die Grenzen von Moral und Anstand zu verletzen. Nirgendwo gibt es größere Chancen für sozialen Aufstieg durch eigene Leistung als in einer frei und fair gestalteten sozialen Marktwirtschaft.